



**WIR MACHEN WAS!**

---

**Stand: September 2011**

## **1. Ausgangslage:**

### **Kommunales Engagement zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

Als Optionskommune hat die Stadt Mülheim seit 2005 eine besondere Verantwortung im Einsatz gegen Jugendarbeitslosigkeit übernommen. Im Casemanagement U 25 zeigte sich recht schnell, dass die (nachträgliche) Integration in den Ausbildungsmarkt für Jugendliche mit Förderbedarf durch die Maßnahmeinstrumente des SGB II und SGB III sehr aufwändig ist und häufig zu spät einsetzt. Es fehlt für viele Jugendliche eine individuelle und präventiv ansetzende Unterstützung an der entscheidenden Schnittstelle zwischen allgemeinbildender Schule und Ausbildung. Aus dieser Bestandsaufnahme entwickelten sich folgende Handlungsschwerpunkte der „Initiative U25“:

- Casemanagement U25
- Übergangsbegleitung für Schulabgänger aus Projektmitteln
- Ausbildungsplatzakquise aus Projektmitteln
- Kommunale Koordinierung der Angebote im Übergang Schule-Beruf
- Erhebung von Übergangsdaten in Kooperation mit allen SEKI-Schulen

## **2. Casemanagement U25 für Leistungsempfänger**

Im ersten Schritt wurde deshalb dem besonderen Auftrag des SGB II Rechnung getragen, jedem Leistungsempfänger unter 25 Jahren „unverzüglich eine Ausbildung, Arbeit oder Arbeitsgelegenheit“ zu vermitteln (§ Abs. 2 SGB II):

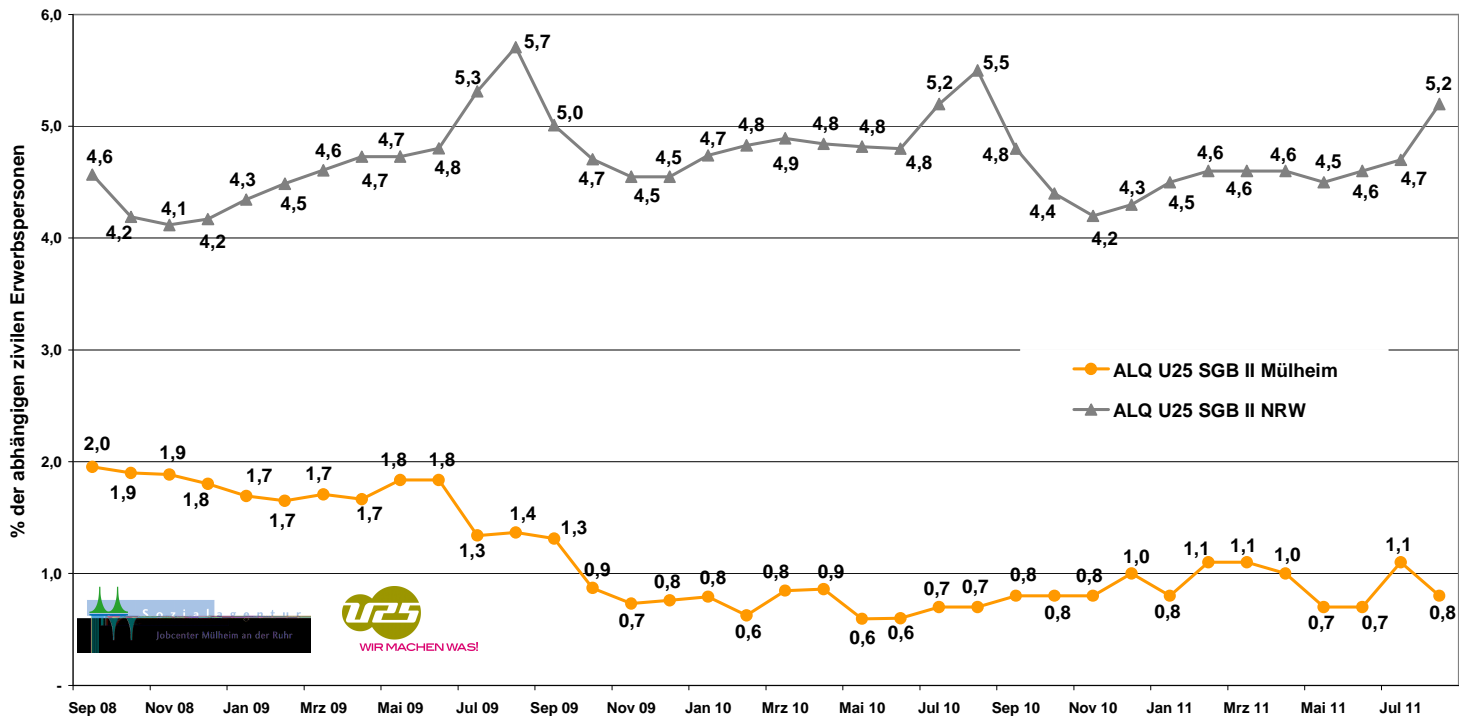
Seit Juli 2007 erhält jeder Antragsteller unter 25 Jahren im Rahmen des Casemanagements sofort am Folgetag das verbindliche Angebot einer Vollzeitmaßnahme bei einem örtlichen Bildungsträger (STEPS). Dort startet die Vermittlungsarbeit mit einem umfassenden Profiling und führt über die Erprobung in den trägereigenen Werkstätten, individuelle Förderung von Allgemeinbildung, Fachwissen und Schlüsselqualifikationen sowie Betriebspraktika so zügig wie möglich in betriebliche Ausbildung.

Diese Maßnahme dauert bis zur tatsächlichen Integration ins Erwerbsleben. Leistungen nach dem SGB II gibt es also für unter 25-jährige in Mülheim nur in Verbindung mit einer umfassenden Aktivierung: Tagesrhythmus, Steigerung der Belastbarkeit, Entwicklung einer klaren beruflichen Perspektive und Umsetzung der erforderlichen Schritte.



**WIR MACHEN WAS!**

Dieser Ansatz führte zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote im Rechtskreis des SGB II in Mülheim. Zurzeit bewegt es sich auf einem Niveau von 0,8%. Zum Vergleich: Der NRW-Durchschnitt liegt zur gleichen Zeit bei 5,2%.



Diese Maßnahme wird derzeit von der Trägern BBWe und ZAQ mit jeweils 120 Teilnehmern durchgeführt und wird 2011 erneut nach VOL ausgeschrieben. Die Maßnahme STEPS wird durch weitere Maßnahmen ergänzt, die den Weg in eine Ausbildung ebenen und/oder die ggf. erforderliche pädagogische Stabilisierung während einer Ausbildung leisten. Hier sind besonders, die Kooperative und Integrative Ausbildung sowie die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche zu nennen, die sich als effektive Integrationsmaßnahmen bewährt haben.

Insgesamt werden 2011 für die Arbeitsmarktintegration von Mülheimer Alg II-Empfängern unter 25 Jahren 3,5 Mio € verausgabt, die Mülheim als der Optionskommune aus Bundesmitteln zur Verfügung stehen.

### **3. Übergangsbegleitung für Schulabgänger – wirksam und notwendig**

Da Bundesmittel nach dem SGB II nur für Leistungsempfänger und nicht präventiv eingesetzt werden können, wurde seit 2007 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds in Kooperation mit allen Mülheimer Haupt-, Gesamt- und Förderschüler sowie der

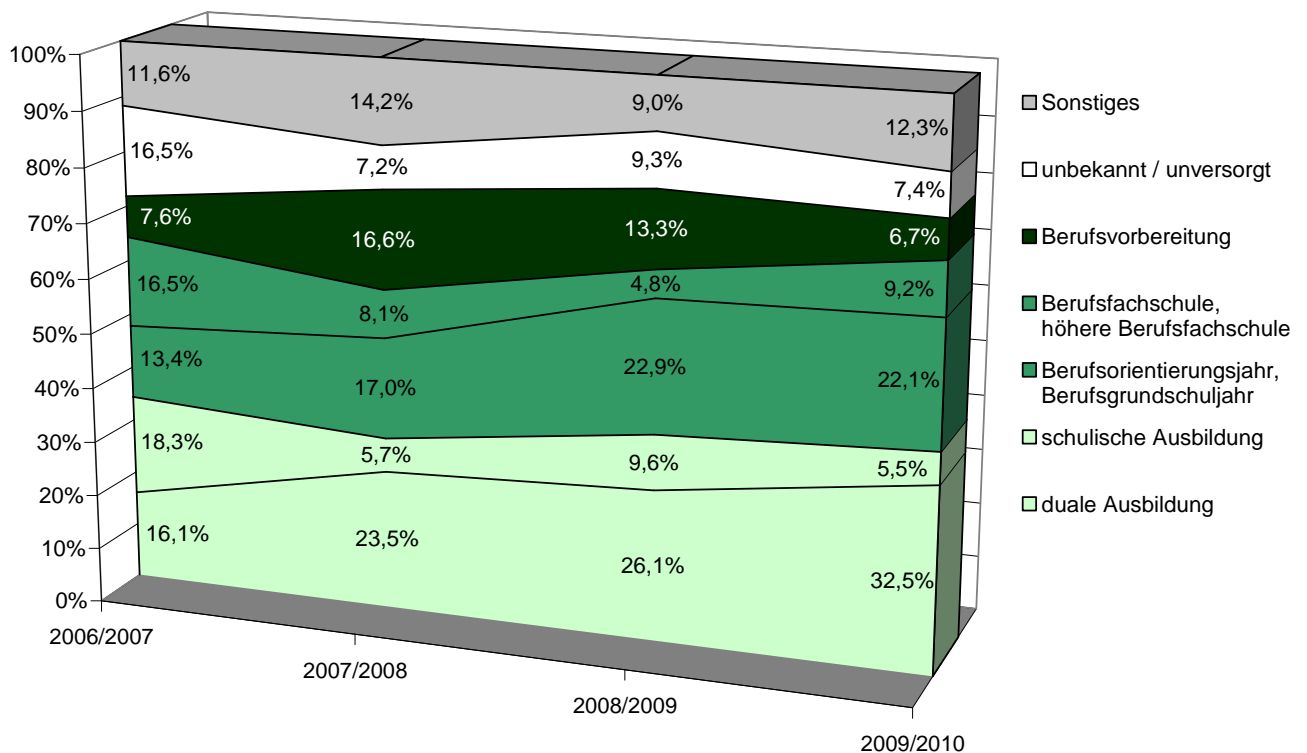


## WIR MACHEN WAS!

Berufskollegs eine spezielle Form der Schulsozialarbeit entwickelt, die den Übergang ins Erwerbsleben in Einzelfallarbeit und rechtskreisübergreifend begleitet. Erstes Ziel ist hier die direkte Vermittlung in den ersten Ausbildungsmarkt oder alternativ eine Überleitung in eine zielführende Übergangs-Maßnahme.

Die Ergebnisse zeigen, dass die verbindliche pädagogische Arbeit an der sensiblen Schnittstelle Schule - Beruf sich lohnt:

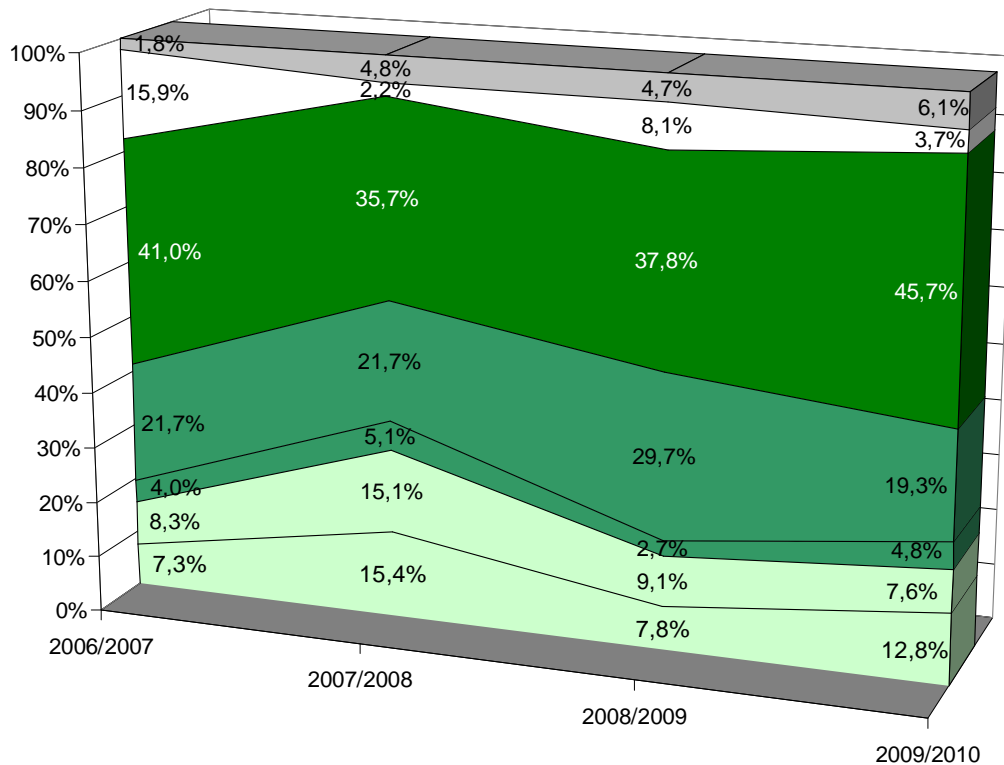
- 32% aller Mülheimer **Hauptschulabgänger** mündeten im Sommer 2010 nach Verlassen der Schule direkt in eine betriebliche Ausbildung
- Zudem stellt der flächendeckende Ansatz sicher, dass niemand ohne sinnvolle Anschlussperspektive die Hauptschule verlässt.
- Verringert hat sich der Anteil der Hauptschüler, die einen allgemeinen Bildungsgang am Berufskolleg besuchen sowie der Anteil an BvB-Maßnahmen von 13% auf 7%.



- Bei den **Gesamtschulen** hat sich der Übergang in allgemeinbildenden Bildungsgänge der Berufskollegs („Warteschleifen“?) zugunsten der Oberstufe und der betrieblichen Ausbildungen verringert.



## WIR MACHEN WAS!



- Der Anteil der **Gesamtschulabgänger** mit direktem Anschluss in Ausbildung in Ausbildung ist nach einem Jahr Projektarbeit von 8% auf 13% angestiegen.
- Interessant ist hier, dass auch ein Vorläuferprojekt mit nur einem Jahr Laufzeit bereits 2007 einen positiven Effekt hatte (Steigerung von 7% auf 15%).
- Im Gegensatz dazu hat sich der Anteil der **Realschulabgänger** in Ausbildung ohne Übergangsbegleitung reduziert: Trotz engagierter Lehrer sank er von 10% in 2009 auf 7% in 2010.

Die Ansätze zeigen, dass Schulsozialarbeit, die sich auf den Berufsorientierungsprozess und den Übergang des einzelnen Schülers in Ausbildung konzentriert, sichtbaren Erfolg hat. Es soll deshalb versucht werden, diese Ansätze mit Hilfe von Projektmitteln möglichst flächen- und bedarfsdeckend in Mülheim auszuweiten und weiter zu entwickeln.



## **WIR MACHEN WAS!**

---

### **4. Akquise von Ausbildungsplätzen**

Die U25-Kontaktstelle Wirtschaft besteht aus 3 projektfinanzierten Mitarbeitern, die ausbildungsbereite Mülheimer Unternehmen akquirieren, ihnen passende Bewerber anbieten und bei der Überwindung bürokratischer Hürden unterstützen. Die „Kontaktstelle Wirtschaft“ hat damit auch die Aufgabe übernommen, für die geförderten Jugendlichen aus Maßnahmen und Projektarbeit die richtigen Ausbildungsstellen sicher zu stellen.

Das Fazit dieser Arbeit: Der Mülheimer Ausbildungsmarkt ist für (fast) alle Bewerber offen. Voraussetzung ist der gezielte Personaleinsatz aus Projektmitteln, um passende Auszubildende und Betriebe zusammenzubringen. Von 2009 bis 2011 wurden insgesamt 194 Jugendliche erfolgreich in Ausbildung vermittelt (Stand September 2011), davon sind die Hälfte der Ausbildungsplätze zusätzlich geschaffen worden.

### **5. Das U25-Haus – räumliche Bündelung**

Seit Juni 2008 werden die genannten Arbeitsbereiche und Angebote im U25-Haus in der Mülheimer Innenstadt gebündelt Jugendberufshilfe. Die **Jugendsozialarbeit nach dem §13 SGB VIII** ist im selben Haus angesiedelt und wird konzeptionell und in der gemeinsamen Fallarbeit eingebunden.

Das U25-Haus ist darüber hinaus eine offene Anlaufstelle für alle Mülheimer Jugendlichen, die auf der Suche nach einem beruflichen Einstieg sind. Mitarbeiter vor Ort beraten zu Möglichkeiten und Bewerbungsverfahren. Vor Ort befinden sich Internetabeitsplätze, Infomaterial und Arbeitstische in angenehmer, jugendgerechter Atmosphäre.

Das Prinzip der Bündelung spiegelt sich auch in den Verantwortungs- und Führungsstrukturen der städtischen U25-Initiative wieder. Die genannten Aufgaben im Bereich der SGB II-Leistungsempfänger, der Prävention an den weiterführenden Schulen und Berufskollegs sowie der Akquise von geeigneten Ausbildungsplätzen sind in Zielsetzung und Verantwortlichkeit eng mit einander verzahnt. Der enger Austausch in Fallkonferenzen und übergreifenden Teamsitzungen sowie eine transparente gemeinsame Ergebnismessung sind hier erfolgsentscheidende Faktoren.



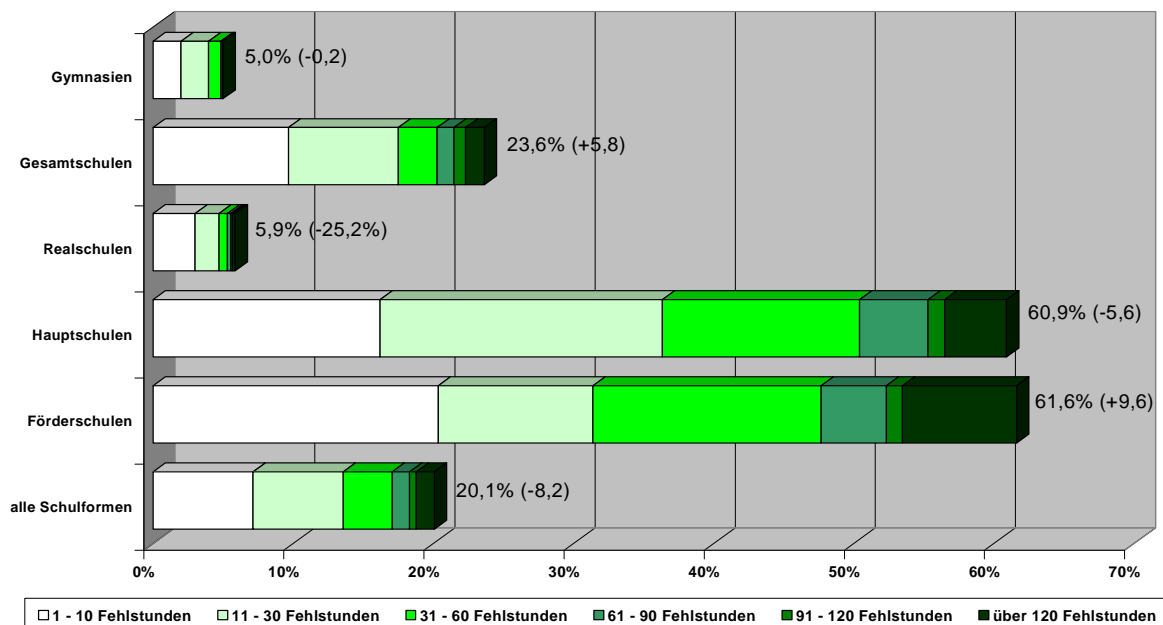
## 6. Kommunale Steuerung im Übergang Schule-Beruf:

Die lokale Steuerung und Abstimmung der Förderprogramme im Übergang Schule-Beruf erfolgt seit 2007 unter Kommunalen Regie. Hier werden die Sitzungen der Steuerungsgruppe und des Mülheimer Beirats im Übergang Schule-Beruf sowie die U25-Konferenz geplant und gesteuert. Zudem werden Akquise, Aufbau und Koordinierung neuer Projektansätze in Kooperation mit den jeweiligen Projektträgern geleistet. Durch die Akquise von zusätzlichen Projektmitteln wurde es u.a. auch möglich, eine jährliche Erhebung der Übergänge Mülheimer Abgangsschüler (s.o.) und der verzeichneten Fehlstunden (s.u.) bis hin zu Schulverweigerung durchzuführen. Dadurch und durch die enge Zusammenarbeit mit den Schulen und dem Schulamt ist es erstmals möglich, Aussagen über die lokalen Verhältnisse auf der Grundlage der erhobenen Daten zu treffen und diese im Rahmen der genannten Steuerungsstrukturen als gemeinsame Planungsgrundlage zu nutzen.

Für alle Mülheimer Fachkräfte im Übergang Schule-Beruf werden zudem ab Herbst 2011 mit Fördermitteln der Robert-Bosch-Stiftung Fortbildungen angeboten, um die Beratungskompetenz und den Informationsstand der Akteure institutionsübergreifend auf einen guten Stand zu bringen.

## 7. Dringender Bedarf: Schulverweigerer

Mit dem genannten Ansatz konnten bisher nicht diejenigen Jugendlichen erreicht werden, die den Schulbesuch unregelmäßig wahrnehmen und schließlich den Kontakt zur Schule vorzeitig verlieren. Die Übersicht (s.u.) zeigt, dass dies in erster Linie ein Problem der Haupt- und Förderschulen ist, aber an allen Schulformen zu verzeichnen ist.





## **WIR MACHEN WAS!**

---

Jahr für Jahr verlassen zwischen 80 und 90 Jugendliche in Mülheim ohne Abschluss die Schule und haben damit keine Chance auf ein stabiles Arbeitsverhältnis am ersten Arbeitsmarkt.

Rechnet man die entstehenden Kosten für staatliche Transferleistungen hoch, so verursachen z.B. die 82 Schüler, die 2010 die Schule ohne Abschluss verließen, bei kalkulierten 50 Jahren Leistungsbezug voraussichtlich allein kommunale Kosten in Höhe von knapp 14 Millionen Euro.

Schulverweigerung ist ein komplex angelegtes Problem, das im Zuständigkeitsdreieck zwischen Schule/Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und ggf. Grundsicherungsträger bis heute nicht zufriedenstellend gelöst wird.

Eine Verstärkung der Schulsozialarbeit mit klarem Aufgabenprofil in der Einzelfallarbeit, (auch in der Arbeit mit den Familien im Hintergrund) wäre hier ein erfolgversprechender Ansatz, der die o.g. Zahl systematisch reduzieren würde. Entscheidend ist dabei die enge Kooperation mit den Schulen, um z.B. Standards in der Benachrichtigung und Einbeziehung der Eltern und weitere flankierende Maßnahmen zu vereinbaren, die eine Nachhaltigkeit sichern.